

DIE ALTERNATIVE



BETRIFFT: BUDGET- KONSOLIDIERUNG

AUSGABEN: GARANTIERT TREFFSICHER
EINNAHMEN: AND THE WINNER IS ...

Herausgegeben von



Dezember 2010

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr. 0021012558



▣ Die AUGE/UG hielt ihre Bundeskonferenz Mitte November 2010 ab.

↑ Der Wiener Frauenpreis 2010 ging an Marlene Streeruwitz und Ingrid Moritz.

← Dauerbrenner „Sparpakete“: Von Much vor Jahren gezeichnet und noch immer aktuell. Speziell in der Kombination „Alternative im Dezember“ & „Budgetkonsolidierung“.

↓ Sozialminister Rudolf Hundstorfer war auch einmal Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten-KMSfB. Das erfreuliche dabei: er erinnert sich daran und ist einer Einladung zum KIV-Plenum am 4. November gefolgt.



DIE ALTERNATIVE

IM DEZEMBER 2010

MAGAZIN: BUDGETKONSOLIDIERUNG

Ausgaben: Garantiert treffsicher	Seite 4
Einnahmen: And the winner is	Seite 7
Zukunftsbudget: Die andere Budgetrede.	Seite 10

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Offener Brief: Novelle der Arbeitsverfassung.	Seite 15
F.U.G.E: Erstmals kandidiert; gleich die Mehrheit	Seite 16
Roche-Graz: Gestern gefeiert – Heute gefeuert	Seite 17
UG hat bei der Briefpost: Trari Trara	Seite 18
Kampagne: Nein zum (Psycho)Sozialabbau	Seite 19
Außeruniversitäre und universitäre Forschung	Seite 20

INTERNATIONAL

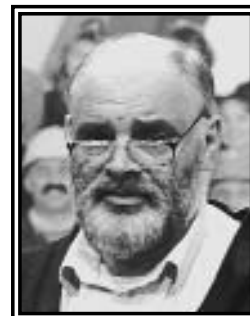
Von Irland lernen heißt Pleite gehen.	Seite 21
---	----------

LESERLICH

Fritz Keller: Gelebter Internationalismus	Seite 22
---	----------

SPEZIAL
MUCH

.	Seite 12
-----------	----------



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

FRAKTIONSZWÄNGE UND ZIVILCOURAGE

In diesem Heft dokumentieren wir auf Seite 15 einen offenen Brief an Sozialminister Rudolf Hundstorfer und ÖGB-Präsident Foglar, den Paul Kolm vor der Abstimmung über eine Novelle zur Arbeitsverfassung geschrieben hat. Er warnte vor einer einschneidenden Veränderung der Mitwirkungsrechte der Betriebsräte. Die GPA startete eine Unterschriftenaktion und berichtete auf ihrer Homepage. Genützt hat's nichts.

Alle GewerkschafterInnen im Nationalrat stimmten zu. Alle bis auf einen: Kollege Katzian. Er stimmte nicht etwa dagegen. Er war zum Zeitpunkt der Abstimmung – dem Vernehmen nach – nicht anwesend. Das ist offenbar das Maximum an Zivilcourage, das einem SP-Abgeordneten und Gewerkschafter gerade noch zugestanden wird. Übrigens: die Unterschriftenkampagne verschwand blitzschnell von der Website und wurde durch einen lauwarmen Erklärungstext ersetzt.

Die nächste Gelegenheit für Zivilcourage der GewerkschafterInnen im Nationalrat folgt in Bälde: die Abstimmung über das „Budget der Grausamkeiten“. Massive Kritik an den ungerechten Konsolidierungsmaßnahmen kommt sowohl vom ÖGB als auch von Gewerkschaften und ihren Teilorganisationen. Viele haben auch zur großen Protestdemonstration am 27. November aufgerufen. Ob das die GewerkschafterInnen im Nationalrat umstimmen kann? Ich fürchte eher nicht...

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeber:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion, Satz & Layout:** Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Franz Wohlkönig (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: -22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnement), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Budgetkonsolidierung, die AUSGABENSEITE.

Von Markus Koza.

GARANTIIERT TREFFSICHER

W as die Einsparungen im Ausgabenbereich betrifft, sollen hier vor allem jene Bereich herausgehoben werden, die bislang – noch – nicht im Zentrum medialer Berichterstattung gestanden sind, aber hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, auf die kritische Wissenschaft, auf Non-Governmental Organization (NGO), Non-Profit-Organisation (NPO) beziehungsweise auf die verteilungspolitische Situation, bildungspolitische oder soziale Lage relevant sind.

Dass die Streichung der Familienbeihilfe für über-24-jährige StudentInnen oder arbeitssuchende Jugendliche eine nicht hinnehmbare soziale Härte darstellt, muss wohl nicht extra erwähnt werden. Es hat allerdings bislang bei allen geschnürten Sparpaketen System gehabt, dass es insbesondere bei StudentInnen und Jugendlichen tiefe Einschnitte gegeben hat. Das ist nicht nur hinsichtlich der sozialen Auswirkungen auf Jugendliche und ihre Familien schlichtweg unzumutbar, sondern auch hinsichtlich ihrer Symbolik: Problem- und Lebenslagen von Jugendlichen und StudentInnen – in Sonntagsreden stets als „Zukunft“ des Landes bezeich-

net – werden in der real existierenden Politik schlichtweg ignoriert oder zynisch abgehandelt. Wer mit Zukunft so umgeht, setzt diese entscheidend aufs Spiel. Darüber können auch die Ausgaben für Offensivmaßnahmen in den Bereichen Schulen und Universitäten nicht hinwegtäuschen.

EIN PAAR HIGHLIGHTS:

- Im Bereich des Unterrichts- und Kulturressorts sollen bis 2014 in Summe 415 Millionen Euro eingespart werden. Und zwar trotz bereits gegengerechneter „Offensivmaßnahmen“ – laut Bundesregierung gedacht für ganztägige Betreuung beziehungsweise Bildung – von 80 Millionen Euro jährlich! Alleine 2011 müssen 31,9 Millionen Euro eingespart werden, 2014 bereits 154 Millionen Euro. Besonders bedenklich erscheinen dabei die Einsparungen im Bereich „Nachholen von Bildungsabschlüssen“ – also etwa für ArbeitnehmerInnen, die keinen Hauptschulabschluss beziehungsweise keine Berufsreifeprüfung haben: hier sollen etwa allein 2011 14,4 Millionen Euro, bis 2014 rund 30 Millionen Euro eingespart werden! Angesichts des hohen Armutsgefährdungspotentials, sowie hoher Arbeitslosenraten bei niedrigqualifizierten ArbeitnehmerInnen, ist gerade diese Maßnahme sozial- wie beschäftigungspolitisch besonders problematisch. Wie wichtig den Regierenden barrierefreie Zugänge zu Schulen etc. sind, kommt bei den Einsparungen von notwendigen Bauinvestitionen entsprechend dem Behindertengleichstellungsgesetz zum Ausdruck: Hier

werden bis 2014 85,7 Millionen Euro eingespart. Unter dem Titel „Redimensionierung Schulentwicklungsprogramm“ – was ebenfalls Einsparungen bei Bauvorhaben bedeutet – sind bis 2014 Einsparungen von 130 Millionen Euro geplant. Ethikunterricht wird es auch künftig keinen geben. Auch da wird gespart. Nämlich 57 Millionen Euro bis 2014.

- Ein Ausbau der Fachhochschulen wurde mangels Budget ja bereits im Vorfeld der Konsolidierungsmaßnahmen abgesagt. Im Bereich der Universitäten ist an die Offensivmaßnahme von achtzig Millionen Euro im Jahr an zusätzlichem Geld für die Unis – ohnehin viel zu wenig – die Einführung von Studieneingangsphasen in einzelnen Studienrichtungen geknüpft. Die Form der „Wissensselektion“ bedeutet allerdings in Wirklichkeit „soziale Selektion“: Abgesehen davon, dass gerade (angehende) StudentInnen aus ärmeren Bevölkerungsschichten in der Regel einem Sommerjob nachgehen müssen und nur wenig Zeit haben, sich auf Einführungsprüfungen vorzubereiten, ist in Ländern mit ähnlichen Selektionsmechanismen – etwa Brasilien – ein regelrechter Markt zur Vorbereitung auf Studieneingangsprüfungen beziehungsweise -phasen entstanden. Der vermeintlichen „Wissensselektion“ kann somit am besten aus dem Weg gegangen werden, wenn entsprechendes Wissen zugekauft werden kann – was eine soziale Frage ist, eine Frage,



MARKUS KOZA
IST UG-VERTRETER IM
ÖGB-BUNDES-VORSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGE/UG IN WIEN.





Während da bei Forschung gespart wird – vor allem, wenn sie sozialwissenschaftlicher Natur ist – wird da die Forschungsförderung um 100 Millionen Euro jährlich erhöht – aus Steuermitteln geförderte private Forschung die vor allem großen Unternehmen und Konzernen zugute kommt!

- Besonders skandalös ist die massive Kürzung bei der Entwicklungszusammenarbeit (EZA): bis 2014 ist eine Kürzung von gesamt 83 Millionen Euro vorgesehen, was insbesondere auch im Bereich der EZA tätige NGO und NPO massiv unter finanziellen Druck bringt. Alleine 2011 sind Kürzungen um 9,4 Millionen geplant, 2014 drohen Kürzungen von 33,4 Millionen. Die Kürzungen im Bereich der EZA brachten Österreich auch heftige Kritik seitens der OECD ein, kürzt doch kein vergleichbarer Industriestaat so heftig wie Österreich. Wie alle anderen EU-Länder hat sich Österreich verpflichtet, ab 2010 0,51 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe auszugeben. Während das ungleich

„ärmere“ und krisengeschüttelte Spanien an diese Marke herankommt, schafft das ungleich „reichere“ und stabilere Österreich nur 0,3 Prozent. Eine Schande.

- Härter drohen auch die Zeiten für sozialwirtschaftliche Einrichtungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Behindertenarbeit zu werden. Im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik – aus diesem Bereich werden unter anderem sozial-ökonomische Betriebe, arbeitsmarktnahe Frauen-, beziehungsweise Mädchenberatungs- und -bildungseinrichtungen etc. finanziert – sind 2011 Budgetkürzungen von 36,4 Millionen Euro geplant, bis 2014 insgesamt 319,4 Millionen Euro! Dabei wurden vielen dieser wichtigen Einrichtungen bereits in den letzten Jahren die Budgetmittel derart gekürzt bezie-

wer über entsprechendes Einkommen und Zeit verfügt. Damit wird die Bewältigung einer Studieneingangsphase zur sozialen Hürde, was bislang in der Diskussion noch zu wenig beleuchtet worden ist. Übrigens: Aufgrund vorgegebener Sparmaßnahmen im Wissenschaftsressort (unter anderem Kündigung der Sozialversicherung für Studierende – Wegfall des begünstigten Tarifs im Umfang von 32 Millionen Euro bis 2014) reduziert sich das Budgetplus im Wissenschaftsbudget auf 30,6 Millionen Euro.

- Ebenfalls bislang zu wenig Beachtung finden die veranschlagten Subventionsstreichungen für außeruniversitäre Forschung wie etwa FORBA oder ZSI, zwei sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute, die wertvolle wissenschaftliche Forschung zu Entwicklungen in der Arbeitswelt gerade auch für

ArbeitnehmerInnen und Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen leisten. Für das Jahr 2011 sind Kürzungen der Basissubventionen im Umfang von 4 Millionen Euro geplant, dann jährlich von 8 Millionen. Bis 2014 sollen so rund 28 Millionen Euro an Förderungen für außeruniversitäre Forschung gestrichen werden! Betroffen sind 70 Institute mit rund 500 Beschäftigten. Es findet schlichtweg ein Kahlschlag im Bereich sozial-, kultur- und geisteswissenschaftlicher, außeruniversitärer Forschung mit insgesamt über 2300 Beschäftigten statt – in Forschungsbereichen, die für ArbeitnehmerInnen wichtige Erkenntnisse erbringt! Gestrichen werden nicht nur Basissubventionen. Gespart wird auch bei Förderungen – 12,2 Millionen Euro von 2011 bis 2014 und Forschungsprojekten – gleich noch einmal 10,7 Millionen.

Bitte umblättern

hungsweise die arbeitsmarktpolitischen Vorgaben derart gestaltet, dass begleitende, kontinuierliche soziale Arbeit mit den Betroffenenengruppen kaum mehr möglich war, beziehungsweise ist. Zwar scheint es, dass durch die „Integration“ sozial-ökonomischer Projekte in die passive Arbeitsmarktpolitik diese drohenden Leistungskürzungen ausgeglichen werden – die Entwicklungen der letzten Jahre und die notorische Unterfinanzierung von zahlreichen, unter anderem auch Frauenprojekten, wird dadurch allerdings nicht behoben (überhaupt ist der Arbeitsmarktbereich hinsichtlich Einsparungsvorhaben und -maßnahmen etc. schwer zu bewerten). Unter dem Titel „Effizienzsteigerungen bei Behindertenprojekten“ sind für 2012 Sparmaßnahmen – sprich Mittelkürzungen für in diesem Bereich tätige Vereine – von 20 Millionen Euro veranschlagt. Im Bereich des Pflegegeldes wird der Zugang zu den Pflegegeldstufen 1 und 2 erschwert (Stufe 1: Pflegebedarf künftig monatlich 60 statt 50 Stunden, Stufe 2: Monatlicher Pflegebedarf von mehr als 85 – bisher 75 – Stunden). Die Ersparnis aus diesen Maßnahmen soll bis 2014 in Summe 142 Millionen Euro betragen. Im Gegensatz dazu peilt die Bundesregierung allerdings die Einrichtung eines Pflegefonds an und ist derzeit dahingehend mit den Bundesländern in Verhandlungen. So sollen anteilige Steuereinnahmen der Länder zumindest teilweise für Pflege gewidmet werden (die Bundesländer wollen davon allerdings nichts wissen) und für die Landespflegegelder künftig der Bund zuständig zeichnen. An sich erscheint die Umlenkung von Pflegeleistungen von Geld zu Sachleistungen sinnvoll, wenn diese nicht „von oben diktiert“ gestaltet sind. Allerdings handelt es sich um Sparmaßnahmen beim Pflegegeld und nicht um Umwidmungen, und es ist keineswegs gesichert, dass sich der Bund gegenüber den Ländern durchsetzen wird! Es gehen der Pflege also insgesamt bis 2014 142 Millionen Euro verloren. Und das ist viel. Von einer Sozialmilliarde – von einem Investitionspaket in soziale Dienste – ist im Budget nichts zu finden. Vielmehr vom Gegenteil.

- Neben den Einsparungen bei den Familienleistungen im Umfang von 1334 Millionen Euro von 2011 bis

2014 kommt der höchste Konsolidierungsbeitrag von den Pensionen – mit 1483 Millionen Euro über die nächsten vier Jahre. Sparmaßnahmen, die hier gesetzt werden, sind etwa die Aliquotierung von Sonderzahlungen, das Aussetzen von Pensionsanpassungen im Jahr des Pensionsantritts, eine geringere Pensionserhöhung im Jahr 2011 mit Auswirkungen bis ins Jahr 2014, sowie die Erhöhungen der Antrittsalter im Rahmen der Langzeitversichererten-Regelung (vulgo „Hackler“-Regelung). Teurer wird künftig auch das Nachkaufen von Versicherungszeiten: Kostet ein Schulmonat bislang 312,34 Euro, ein Studienmonat 624,72 Euro, so wird der Preis für Schul- und Studiumzeiten auf je 937,08 Euro vereinheitlicht. Nicht angegangen wurde im Pensionsbereich dagegen die steuerliche Förderung der privaten Pensionsvorsorge. Hier gäbe es tatsächlich gewaltiges Einsparungspotential: mit bis zu 650 Millionen Euro jährlich wird die 2. und 3. Säule – die kapitalgedeckte, in Finanzprodukten angelegte private und betriebliche Pensionsvorsorge – steuerlich gefördert. Und das soll anscheinend auch so bleiben. Damit milliardenschwere Pensionsfonds auch weiterhin auf der Jagd nach den höchsten Krediten, Finanzmärkte und Wirtschaftssysteme destabilisieren und in Krisen stürzen können. Aus der Krise gelernt? Aber woher!

ZUKUNFTSBUDGETS SEHEN ANDERS AUS

Ach ja, übrigens: von 2011 bis 2014 werden Wirtschaftsförderungen um ganze 20,2 Millionen Euro gekürzt. Nur um gewisse Relationen herzustellen.

Freuen dürfen sich wie bereits erwähnt, die Reichen, die Vermögenden, die Verursacher der Krise. Sie gewinnen ein weiteres Mal. Zuerst wurden ihre Vermögen durch Steuergelder der Anderen gerettet. Eine für die Gesellschaft teure Angelegenheit. Die geretteten Vermögen und ihre BesitzerInnen durften sich allerdings um weitere Vermögenszuwächse freuen. Die Rettung hat geklappt. Ihr Beitrag zur Sanierung der durch sie entstandenen Kosten? Marginalst. Von einer grundlegenden Reform des Steuersystems, das sich an den Prinzipien der Leistungsfähigkeit, der Verteilungsgerechtigkeit, der Verantwortlichkeit („Verursacher-

prinzip“), der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit orientiert, sind wir nach wie vor meilenweit entfernt.

Umverteilung findet in Österreich vor allem über die Ausgabenseite statt. Das Steuersystem in Österreich wirkt hinsichtlich seiner Verteilungswirkung bestenfalls proportional, wenn nicht sogar regressiv (zum Beispiel Sozialversicherungsbeiträge). Umverteilt wird in Österreich über soziale Transfers, und öffentliche Leistungen (zum Beispiel Schulen, Gesundheitssystem). Diese Umverteilung kommt einkommensschwachen Gruppe ebenso zugute wie der viel beschworenen Mittelschicht. Selbst der Oberschicht macht sie das Leben angenehmer. Wenn bei öffentlichen Ausgaben – von sozialen Transfers bis zu Schulen, Pflege, sozialen Diensten etc. – gespart wird, trifft das



vor allem untere und mittlere Einkommensschichten, die breite Masse der Bevölkerung.

Investitionen in Pflege und Gesundheit, in Soziale Dienste, in Kinderbetreuung, -bildungseinrichtungen, in Schulen, Universitäten und Fachhochschulen, Nachmittagsbetreuung, Schulsozialarbeit, in Jugendarbeit, in Klimaschutz, in den ökologischen Umbau unseres Industriesystems, ... ? Zurück gestellt, ungewiss oder gar nicht geplant. Zukunft schaut anders aus. Budgets, die gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft tatsächlich erfolgreich begegnen können, auch.

Budgetkonsolidierung, die EINNAHMENSEITE.

Von Markus Koza.

AND THE WINNER IS

Die rot-schwarze Bundesregierung hat ihr Konsolidierungspaket geschnürt. Für einzelne Bevölkerungsgruppen beinhaltete es unverhältnismäßige Härten. Der außeruniversitären Forschung droht überhaupt das Aus.

Freuen dürfen sich dagegen die Reichen. Denn Steuergerechtigkeit nach dem „Verursacherprinzip“ wird

mensch ebenso vergeblich suchen, wie eine entsprechende vorausschauende Budgetierung, um den großen gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen zu können. Eine „Blut, Schweiß und Tränen“-Budgetkonsolidierung würde es werden, kündigte dermal-

einst Josef Pröll in einer Art „Rede an die Nation“ an.

Gespart würde ausgabenseitig, er sei jedenfalls nicht bereit, neue Steuern einzuführen. Volle Unterstützung kam von der Industriellenvereinigung: Die forderte einmal mehr alle anderen auf, den Gürtel enger zu schnallen, nachdem – natürlich von den anderen – deutlich über die Verhältnisse gelebt worden sei. Viel erhofften sich alle von einer groß angelegten Verwaltungsreform, welche zu Minderausgaben von drei, vier, ja bis zu sechs Milliarden Euro führen würde.

KONSOLIDIERUNGSPFAD SEIT MAI 2010 BEKANT

Nun, der Weg zum vorliegenden Konsolidierungspaket ist bekannt, die

Alternative berichtete darüber. Am 19. Mai 2010 beschloss der Nationalrat das Bundesfinanzrahmengesetz, welches die Ausgaberrahmen und damit auch die Einsparungen der einzelnen Budgetbereiche von 2011 bis 2014 beinhaltete.

Das Ausmaß der Sparmaßnahmen war also bekannt, seitens der Unabhängigen GewerkschafterInnen – der AUGÉ/UG, der KIV/UG, der UGÖD und der UG vda – wurde bereits damals begonnen, gegen die geplanten drastischen Einschnitte zu mobilisieren, was letztlich in der Bündnis-Demonstration „Krötenwanderung“ mit 900 TeilnehmerInnen gipfelte, wo Beschäftigte, Initiativen, Betriebsratskörperschaften und Interessensvertretungen aus dem Bildungs- und Sozialbereich am 1. Oktober für Bildungs- und Sozialmilliarden statt Sparpaketen demonstrierten.

Einigung bestand bei den Regierungsparteien bald darüber, dass die Budgetkonsolidierungen nicht nur ausgabenseitig erfolgen könne, sondern diese wohl doch auch zusätzliche Einnahmen erfordere.

Dabei setzte die Volkspartei auf „ökologisch“ getarnte Massensteuererhöhungen: Banker, Vermögende, Reiche, Finanzmarktakteure und Industrielle sollten nach wie vor, obwohl ihr Vermögen überwiegend durch Steuermittel der ArbeitnehmerInnen gerettet worden waren, keinen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Die SPÖ forderte dagegen neben einer Bankenabgabe höhere Steuern auf Vermögen und Vermögenszuwächse.

Einigkeit bestand bei den Regierungsparteien dagegen darüber, dass die Konsolidierungsmaßnahmen erst nach den Landtagswahlen in Wien und in der Steiermark präsentiert werden sollten. Die Budgettrede wurde über-

haupt – nach Einschätzung vieler ExpertInnen verfassungswidrig – erst auf Anfang Dezember verschoben.

BEWERTUNG NOCH NICHT GANZ EINFACH

Prinzipiell gilt bei der Bewertung, beziehungsweise der Analyse der Konsolidierungsmaßnahmen, dass diese nicht ganz einfach ist. Einerseits, weil die Budgetunterlagen ja erst mit der Budgettrede des Finanzministers am 30. November vorliegen.

Andererseits, weil einiges in Verhandlungen, beziehungsweise im Fluss ist, aber keineswegs fixiert: So wird etwa gerade der Pflegefonds verhandelt, so hat die Bundesregierung angekündigt, Familienleistungen von Finanz- zu Sachleistungen (Kindergärten/-krippen) umzuschichten, was etwa grundsätzlich begrüßenswert wäre. Gleichzeitig wird in den Budgets – etwa im Bereich Arbeitsmarkt – derartig umgeschichtet, umfinanziert etc. dass nicht ganz klar ist, was denn die einzelnen Maßnahmen auch bedeuten.

Weiters stehen die Verhandlungen mit Ländern und Gemeinden aus. Beinahe täglich kommen zusätzlich neue Meldungen, wo denn jetzt doch noch Ecken und Kanten abgeschliffen werden sollen, beziehungsweise dass einzelne Positionen doch zur Disposition stehen. Und es gilt abzuwarten, was der Widerstand und die Proteste noch an Änderungen bringen.

Es soll daher hier nur der Ministerratsbeschluss einer Bewertung unterzogen werden, und diese bleibt unvollständig und lückenhaft. Dennoch kann ein gewisser „rot-schwarzer“ Faden, der sich durch die Budgetkonsolidierung

Bitte umblättern



zieht, gefunden und entsprechend kritisch bewertet werden.

RELATIV GERINGER KONSOLIDIERUNGS-AUFWAND

Nun liegt das bereits viel diskutierte Ergebnis der Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP vor.

Es weicht nun doch von den ursprünglich geplanten Konsolidierungsmaßnahmen ab:

- einnahmenseitig – also über Steuern – soll 2011 um 1,169 Milliarden Euro konsolidiert werden (ursprünglich veranschlagt: 1,7 Milliarden Euro, davon 1,1 Milliarden für den Bund),
- ausgabenseitig soll um rund 1,198 Milliarden Euro (ursprünglich 1,6 Milliarden Euro) gespart werden. Dazu kommen noch ungefähr 442 Millionen Euro „ausgabenseitige“ Konsolidierung aus Rücklagenentnahmen und diverse Einnahmen aus zum Beispiel Gebührenerhöhungen.

Aufgrund prognostizierter deutlich höherer Steuereinnahmen als erwartet, fällt die Konsolidierung doch geringer aus. Abzüglich jener Steueranteile, die an die Bundesländer fließen – rund ein Drittel, von dem noch unklar ist, wofür diese verwendet werden – beläuft sich der Konsolidierungsbedarf (ohne Bundesländer und Gemeinden) auf rund 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Es ist auch nicht das martialisch angekündigte „Blut, Schweiß und Tränen“-Paket. Die Konsolidierung hätte – wäre nur ausgabenseitig eingespart worden – natürlich noch viel härter ausfallen können. Schlimmer geht's bekanntlich immer. Tatsächlich handelt es sich um ein – im europäischen Vergleich – eher „kleines“ Konsolidierungspaket.

MIT ZIEMLICHEN HÄRTEN

Allerdings: Einige Bevölkerungsgruppen sind unverhältnismäßig stark betroffen, andere werden dagegen einmal mehr auffällig geschont.

Von sozialer Balance, beziehungsweise Konsolidierungsbeitrag nach „Leistungsfähigkeit“, kann jedenfalls ebenso wenig die Rede sein wie von einem grundsätzlichen Umbau unseres Steuersystems: Weg von der Belastung von Arbeit und ArbeitnehmerInnen hin zu einer stärkeren Besteuerung von

Kapital, Vermögen und nicht erneuerbaren Ressourcen. Es zahlen für die Krise einmal mehr vor allem jene, die bereits gezahlt haben, die für die Krise nicht verantwortlich sind, und bei denen eigentlich angesichts ihrer angespannten ökonomischen Situation ohnehin nichts zu holen wäre, beziehungsweise geholt werden dürfte.

Die finanzielle Bewältigung der Krisenkosten findet nicht über das „Verursacherprinzip“ statt, wonach jene, welche die Krise verursacht haben, zur Kassa gebeten werden, beziehungsweise ökonomische Ursachen, welche die Krisenentstehung befördert haben, auch steuerpolitisch angegangen werden. Nein, es wird bei Staatsausgaben gekürzt, bei sozialen Transfers und öffentlichen Diensten. Dadurch leisten einkommensschwache Gruppen einen ungleich höheren Beitrag zur Konsolidierung als einkommensstarke.

Wir zahlen nicht für eure Krise? Schmeck's. Und: Von einer Sozialmilliarde ist ebenso wenig zu sehen, wie von einer Bildungsmilliarde. Im Gegenteil.

EINNAHMESEITE – DIE REICHEN WERDEN ERFREUT SEIN

Einnahmeseitig sieht das Konsolidierungspaket sowohl vermögensbezogene Steuern und die Schließung von steuerlichen Begünstigungen für Unternehmen vor, als auch höhere Energie- und Massensteuern.

Zu begrüßen sind bestimmte ökologische Elemente. So erfreulich die neuen vermögensbezogenen Steuern auch sind – der Anteil vermögensbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen bleibt beschämend bescheiden: Dafür sorgen allein schon jede Menge Ausnahmen und Steuervergünstigungen für Banken, Vermögende, Stifter, Landwirte, Frächter etc. – wofür gibt es schließlich auch die ÖVP?

• Umgesetzt wird nun tatsächlich eine Bankenabgabe im Umfang von 500 Millionen Euro im Jahr. Erfreulich. Aber: Im Gegenzug dazu wird allerdings die Kreditvertragsgebühr im Ausmaß von jährlich Euro 150 Millionen abgeschafft. Abzüglich des Anteils der Bundesländer verbleiben dem Bund ganze geschätzte 185 Millionen Euro. Das macht alles schon gleich viel weniger erfreulich.

• Änderungen gibt es auch bei der Stiftungsbesteuerung: Zinsgewinne werden künftig nicht mehr mit der halben („Zwischensteuer“, 12,5 Prozent) sondern mit der ganzen Kapitalertragssteuer (KESt: 25 Prozent) belegt. Allerdings nur für Zinserträge. Und die sind in Stiftungen verhältnismäßig gering. Erträge aus Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften – ungleich höher als jene aus Zinsen – oder aus Veräußerungsgewinnen (wir erinnern uns an die steuerfreien sechshundert Millionen Euro aus dem Verkauf von Böhler-Uddeholm-Aktien an die Voest) bleiben auch weiterhin steuergeschont. Zwar sollen künftig auch Gewinne aus Veräußerungen von Liegenschaften in Stiftungen mit 25 Prozent versteuert werden. Allerdings nur dann, wenn der Stifter eine juristische Person und keine Privatperson ist! Die Wlascheks und wie all die anderen Stifter mit jeder Menge Immobilien heißen, sind einmal mehr die Gewinner. Bringen soll diese Reform von fünfzig Millionen Euro 2011 bis hundert Millionen 2014.

• Was auch kommt, ist eine Vermögenszuwachssteuer. Sehr schön. Der Schönheitsfehler: Sie kommt einmal nur als Wertpapier-Kapitalertragssteuer. Und auch dann nur für solche, die nach dem 1. Jänner 2011 angeschafft werden. Die Spekulationsfrist wird aufgehoben, für Gewinne aus Wertpapierverkäufen fallen künftig 25 Prozent an Kapitalertragssteuer an. Kursverluste anderer Papiere werden gegengerechnet. Nicht aufgehoben wird die Spekulationsfrist auf Immobiliengewinne. Wenn Immobilien also zehn Jahren nach Eigenerwerb gewinnbringend verkauft werden, bleibt die Differenz aus Anschaffungs- und Verkaufswert nach wie vor steuerfrei! Aufgrund dieser Vorgaben bleibt der Ertrag aus dieser Steuer in den ersten Jahren (2011: 30 Millionen, 2012: 50 Millionen) bescheiden, für 2014 erhofft sich die Regierung – zumindest die SPÖ – rund 250 Millionen Euro.

• Durchaus begrüßenswert sind die geplanten Maßnahmen und Steuerlückenschlüsse im Unternehmensbereich: Für Dienstleistungsunternehmen soll die ökologisch kontraproduktiv wirkende Energieabgabenrückvergütung abgeschafft werden (100 Millionen Euro), beim Kauf von Beteiligungen innerhalb eines Konzerns soll kein

Abzug der Fremdkapitalzinsen mehr möglich sein (200 Millionen Euro): Ähnlich wie in der Baubranche sollen auch in Reinigungsfirmen Auftraggeber künftig für die Steuerschulden von „Sub-Unternehmen“ haften müssen (bringt rund zwanzig Millionen Euro) und ein Betrugsbekämpfungspaket („Betrugsbekämpfungsgesetz“) soll (optimistische) 100 (2011) bis 400 (2014) Millionen Euro bringen.

Nicht kommen: Änderungen in der Gruppenbesteuerung, die Beschränkung der steuerlichen Absetzbarkeit von Manager-Boni, eine Börsenumsatzsteuer, eine – hinsichtlich eines zu erwartenden Steueraufkommens im Vergleich zur Vermögenszuwachssteuer viel stabilere – allgemeine Vermögensbestandssteuer oder eine reformierte Erbschafts- und Schenkungssteuer, geschweige denn eine höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen und Unternehmensgewinnen oder ein Ende der steuerlichen Förderung der privaten Pensionsvorsorge. Und damit der tatsächliche Einstieg in ein Steuersystem, das ein mehr an Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit herstellt. Nun, das war auch – zumindest von einem Regierungspartner – nie beabsichtigt. Was gut klingt und einiges verspricht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als „mangelhaft“, „unvollkommen“ und „halbherzig“ umgesetzt.

BEITRAG DER VERMÖGENDEN BLEIBT MARGINAL

Die Maßnahmen im Bereich der Stiftungen und der Spekulationsbesteuerung, sollen wohl vor allem suggerieren, dass „auch die Wohlhabenden ihren Beitrag“ zur Budgetkonsolidierung leisten: Tatsächlich bleibt ihr Beitrag zur Budgetkonsolidierung beziehungsweise zum Steueraufkommen allerdings marginal, verschwindend gering. Die zusätzlichen vermögensbezogenen Steuern – Wertpapier KEST und Reform der Stiftungsbesteuerung machen 2014 – also dem Jahr der „vollen“ Erträge – bezogen auf die Werte des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2009 gerade einmal 0,13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (liegen also 2014 noch niedriger, vermutlich unter 0,1 Prozent) aus! Einführung beziehungsweise Anhebung von Vermögenssteuern auf europäisches Niveau im

Umfang von +1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes hätten dagegen zusätzliche Mehreinnahmen von rund vier Milliarden Euro gebracht! Dagegen fallen die – im Endausbau – 350 Millionen Euro doch recht mager aus.

Im Bereich der Unternehmensbesteuerung – Bankensteuer, Reform der Energieabgabenrückvergütung, Schließen von Steuerschlupflöchern und Bekämpfung von Steuerbetrug – liegt das zusätzliche Aufkommen bei rund 1,1 Milliarden Euro im Endausbau. Der Anteil der Unternehmenssteuern am Gesamtsteueraufkommen bleibt allerdings immer noch unter dem EU-Schnitt (2007 Anteil Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen, EU-15: 9 Prozent, Österreich: 5,8 Prozent).

ZUSÄTZLICHE, HÖHERE STEUERN

• Da wird die Mineralölsteuer um eine CO₂-Zuschlag in Höhe von 20 Euro pro Tonne erhöht. Das entspricht einer Anhebung bei Diesel um 5, bei Benzin um 4 Cent. Inklusive der Mehrwertsteuer bringt das für 2011 zusätzliche 436 Millionen, ab 2012 536 Millionen Euro im Jahr. Entlastungen gibt es auch: Vor allem für Frächter, die dürfen sich im Gegenzug über eine Reduzierung der Kfz-Steuer um 40 Prozent oder 30 Millionen Euro erfreuen, während die Pendlerpauschale – die allerdings ökologischen Zielsetzungen eher entgegenwirkt und auch hinsichtlich ihrer Verteilung problematisch wirkt – um 15 Millionen erhöht wird. Eine Ökologisierung der Pendlerpauschale, sowie eine Ausgestaltung der Pendlerpauschale als Absetzbetrag steht aus. Dafür kommen 15 Millionen Euro für Jobtickets für PendlerInnen, denen der Arbeitgeber kostenlose Fahrtmöglichkeiten zum Arbeitsplatz anbietet. Jahreskarten für Öffentliche Verkehrsmittel – von ArbeitgeberInnen für ArbeitnehmerInnen zur Verfügung gestellt – werden so künftig für ArbeitnehmerInnen einkommenssteuerfrei. Eine gute Maßnahme. Eine langjährige (Teil-)Forderung der AUGE/UG.

• Auf Europa-Flüge wird eine Flugticket-Abgabe eingeführt, die die nächsten Jahre neunzig Millionen Euro einbringen soll.

• Ökologisiert werden soll auch die Normverbrauchsabgabe: Wer einen

Neuwagen mit hohem Schadstoffausstoß (über 180g CO₂) kauft, muss einen höheren CO₂-Aufschlag auf die Nova zahlen. 2011 und 2012 soll das Mehreinnahmen von je 25 Millionen Euro bringen, ab 2013 55 Millionen Euro jährlich.

• Was auch kommt, ist eine Erhöhung der Tabaksteuer um 25 bis 35 Cent pro Packung, was jährlich ab 2012 (2011 hundert Millionen Euro) 150 Millionen Euro bringen soll.

Ist eine Ökologisierung des Steuersystems grundsätzlich und einzelne Maßnahmen – wie die Flugticketabgabe oder die Ökologisierung der Nova – jedenfalls begrüßenswert, so dient diese „Ökologisierung“ primär der Budgetkonsolidierung und weniger dem weitestgehend aufkommensneutralen sozial-ökologischen Umbau des Steuersystems, wonach Arbeit und ArbeitnehmerInnen steuerlich entlastet und im Gegenzug dazu Umweltverschmutzung und fossile Energieträger stärker steuerlich belastet werden.

Die Steuergeschenke für die Frächter, sowie die nach wie vor gültigen Steuerprivilegien für die Landwirtschaft (keine Kfz-Steuer für Traktoren, Agrardieselrückvergütung) zeugen auch weniger vom ökologischen Geist, als einer – vor allem im Falle der Mineralölsteuer – Erhöhung von Massensteuern unter Ausschluss des ÖVP-Klientels. Auch werden die im BMVIT budgetierten Investitionen im Bereich der ÖBB Infrastruktur deutlich stärker zurückgefahren – und eben nicht aus dem höheren Mineralölsteuer-Aufkommen finanziert, um so umweltfreundliche Mobilitätsalternativen für umstiegswillige AutofahrerInnen zu schaffen, nämlich von 2011 bis 2014 um 405 Millionen Euro – als jene im Bereich der ASFINAG (minus 25 Millionen Euro).

Der Umweltgedanke scheint jedenfalls weniger Pate gestanden zu sein, als jener der möglichst einfachen und phantasielosen Budgetkonsolidierung.

Die „Zivilgesellschaft“ erstellt ein Zukunftsbudget.

Von Markus Koza.

DIE ANDERE BUDGETREDE

10

Oktober 2010: Ein Bundesbudget für das Jahr 2011 wird präsentiert. Eine Budgetrede wird gehalten, in der davon die Rede ist, dass „... die Ursachen der Krise bekämpft werden und die Mitverursacher und Mitverursacherinnen dabei einen entsprechenden Beitrag leisten und wir somit auch ein Stück mehr Steuergerechtigkeit erlangen.“ Und, „dass es jetzt Investitionen und nicht Sparprogramme“ brauche.

SCHWERPUNKTE UNTER ANDEREM:

- Verbesserung des Bildungssystems,
- Ausbau der Kinderbetreuung,
- Ausbau sozialer Dienste,
- Ausbau nachhaltiger öffentlicher Mobilität,
- Förderung erneuerbarer Energien und der thermischen Sanierung,
- Erhalt und Ausbau kommunaler Dienste,
- mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit und für Klimaschutz auf globaler Ebene.

Einnahmenseitig sind Vermögenssteuern, die Schließung von Steuerbegünstigungen für Unternehmen und Stiftungen vorgesehen, eine Ökologisierung des Steuersystems, eine Bankenabgabe sowie Spekulations- und Börsenumsatzsteuern.

Nun, dies Budgetrede wurde – wenig überraschend – so natürlich nicht im Parlament und schon gar nicht vom dafür verantwortlichen Finanzminister Pröll gehalten. Dessen Rede findet ja erst im Dezember statt. Auch das vorgelegte „Budget“ ist keine Regierungsvorlage, sondern wurde von AktivistInnen

von Non-Governmental Organizations und Gewerkschaften im Rahmen der Kampagne „Wege aus der Krise“ geschrieben.

Redebeiträge kamen dabei von

- Alexandra Strickner (attac – Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte),
- Mirijam Müller (Österreichische HochschülerInnenschaft),
- Niklas Schinerl (Greenpeace),
- Heinz Högelsberger (Gewerkschaft vida),
- Petra Navara-Unterluggauer (AG Globale Verantwortung)
- Judith Pühringer (Die Armutskonferenz).

EIN „ZIVILGESELLSCHAFTLICHES“ BUDGET

Das vorgelegte zivilgesellschaftliche Budget – getragen wird die Kampagne unter anderem von attac, der Armutskonferenz, SOS Mitmensch, den Gewerkschaften PRO-GE, vida, GdG-KMSfB, von Greenpeace, Global 2000, der KAB, der Österreichische HochschülerInnenschaft und von AG Globale Verantwortung – ist dabei ausgesprochen pragmatisch und umsetzungsorientiert. Es versucht sowohl dem Anspruch einer Budgetkonsolidierung unter vorgegebenen Rahmenbedingungen (Verpflichtung gegenüber der Europäischen Union, das Defizit im Ausmaß von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes jährlich zurückzuführen), als auch jenem, für zukunftsweisende sozial-ökologische Investitionen genügend finanziellen Spielraum zu haben, gerecht zu werden. Nicht mehr, aber

auch nicht weniger. Wer große gesellschafts- und wirtschaftspolitische Gegenentwürfe zum Status quo sucht, wird diese nicht finden. Wer sich eine radikale Umverteilung oder Neustrukturierung des österreichischen Steuersystems erwartet, wird wahrscheinlich auch enttäuscht sein. Das ist allerdings auch nicht der Anspruch dieses zivilgesellschaftlichen Haushaltentwurfs.

Er stellt tatsächlich – würde ein entsprechender politischer Wille, beziehungsweise würden entsprechende politische Kräfte- und Mehrheitsverhältnisse bestehen – durchaus realpolitische Handlungsmöglichkeiten dar, die weder besonders revolutionär, noch besonders visionär sind, allerdings deutliche Akzente in die richtige Richtung setzen und auch nur erste Schritte darstellen sollen. Würden die Vorschläge umgesetzt, wäre tatsächlich ein nicht unbedeutender Schritt zu weniger sozialer Ungleichheit, zu mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und zu mehr Klimaschutz getan. Das kann nur recht sein, mag es auch manchen zu wenig sein. Angesichts der realpolitischen Agenda würde die Umsetzung des zivilgesellschaftlichen Budgets allerdings einen deutlichen Kurswechsel zu herkömmlichen Wirtschaftspolitiken darstellen.

Eine rot-grüne Mitte-links-Regierung etwa würde wohl etliche, wenn nicht sogar die meisten Vorschläge ungeschaut übernehmen, gibt es doch vielfach entsprechende Beschlusslagen. Schließlich tragen die Vorschläge auch über weite Strecken hinweg die dem Autor dieses Beitrags durchaus bekannte Handschrift der Gewerk-

schaften, wenn auch mit deutlich ökologischen Akzenten.

EINNAHMEN: VERMÖGENS- UND UMWELTSTEUERN

Insgesamt sollen rund 3,5 Milliarden Euro zusätzlich an Einnahmen ins Budget fließen. Was viel klingt, ist es tatsächlich nicht: Die Steuer- und Abgabenquote würde sich gerade einmal um 1,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP 2009: 274,32 Milliarden Euro) erhöhen und keinesfalls einen Spitzenwert erreichen (wobei das ohnehin irrelevant wäre).

Die Einnahmen gliedern sich wie folgt auf:

- Vermögensbezogene Steuern (Vermögenssteuern, Stiftungssteuer): 1,1 Milliarden Euro
- Spekulationssteuern („Vermögenszuwachssteuer“) und Börsenumsatzsteuer: 700 Millionen Euro
- Unternehmensbesteuerung – Rücknahme Gruppenbesteuerung, Bankabgabe: 650 Millionen Euro
- Öko-Steuern (leichte Erhöhung MÖSt, Flugticketabgabe, Reform Energieabgabevergütung, LkW-Roadpricing auf allen Straßen, Streichung Steuerbegünstigungen Landwirtschaft): 1,1 Milliarden Euro.

Die Vorschläge erinnern doch frappant an jene der Gewerkschaften – insbesondere der GPA-djp und der vida – was allerdings nicht schlecht sein muss. Bemerkenswert ist auch, dass insbesondere bei der Frage der Erhöhung der Mineralölsteuer – bislang ein No Go für GewerkschafterInnen – sich

zumindest im Rahmen von „Wege aus der Krise“ ein leichtes Umdenken breit gemacht hat.

Es wird in der Presseunterlage auch darauf hingewiesen, dass diese Maßnahmen selbstverständlich nur erste Schritte darstellen würden und es eine umfassende Steuerreform nach dem Motto Arbeit und ArbeitnehmerInnen entlasten, Vermögen, Kapital und Umwelt- beziehungsweise Ressourcenverbrauch stärker belasten, braucht.

Was in ein zivilgesellschaftliches Budget hinsichtlich der Einnahmenseite noch eingebaut werden sollte, ja muss – vielleicht in der alternativen Budgetrede 2010:

- Der Einstieg in den Ausstieg steuerlicher Förderung privater, kapitalgedeckter Pensionsvorsorge – sowohl der zweiten als auch der dritten Säule. Diese macht – nach einer Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage des Grün-Abgeordneten Rossmann durch den damaligen Finanzminister Molterer (September 2008) – rund 650 Millionen Euro aus. Jährlich! Stolze 650 Millionen Euro an Steuermittel werden Jahr für Jahr von den SteuerzahlerInnen in Richtung privater Pensionsvorsorge umverteilt. Wir erinnern: Private Pensionsfonds legen veranlagte Gelder an den Finanzmärkten in Wertpapieren – auch hochspekulativen – an, müssen sie doch hohe Rendite einfahren. Das führt zwangsläufig zu Bubbles, zu Überbewertungen. Die Finanzkrise hat einmal mehr gezeigt, wie riskant diese Form der Pensionsvorsorge ist, dass alle Warnungen vor einer Privatisierung der Pensionssys-

teme vollkommen richtig waren: Die Pensionsfonds – und damit die PensionistInnen – mussten schwere Verluste hinnehmen. Die steuerliche Förderung muss daher so rasch wie möglich beendet werden und schafft Spielräume für sinnvolle sozialpolitische Maßnahmen.

- Eine höhere Progression im Bereich der Einkommens- und Lohnsteuer. Über hohe Managergehälter zu jammern ist zu wenig. Neben dem Verbot von Stock options als Einkommensbestandteil für ManagerInnen sowie einer Grenze, bis zu der Managereinkommen steuerlich als Betriebsausgabe absetzbar sind, ist ein einfaches Mittel, Spitzeneinkommen zu beschneiden eine höhere Steuerprogression – also Steuersätze von 55 und 60 Prozent für hohe Einkommen und oder eine Streichung der steuerlichen Begünstigung von 13. und 14. Monatsgehalt ab zum Beispiel hunderttausend Euro Jahreseinkommen (und eine entsprechende Rücknahme der steuerlichen Begünstigung für Selbständige).

AUSGABEN: KONJUNKTURPAKET BILDUNG, SOZIALES UND KLIMASCHUTZ

Ein Teil der Einnahmen soll für die Budgetkonsolidierung aufgewandt werden – immerhin 1,4 Milliarden Euro. Der überwiegende Teil allerdings für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Soziale Dienste und Klimaschutz. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Ausgaben erscheinen manche Bereiche viel-

Bitte auf Seite 14 weiterlesen



SCHWEIN
GEHABT

EIN SUPERJAHR

2010

DER GRÖSSTE ÖLFLECK DER
GESCHICHTE



UMWELT-
MINISTER
NIKI B.:

SOWAS KANN
BEI UNS
NICHT
PASSIEREN



SITTENSKANDAL
IN SCHWEDEN



DER EURO KREPI
GRIECHEN PLEITE



LO FÜR ÖSTERREICH!



ERT
EN NEGER



DANN KOMMEN DIE PORTUGIESEN, SPANIER, ITAKER... GOT SEI DANK DRUCKT DIE NATIONALBANK SCHON WIEDER SCHILLINGSSCHEINE!



leicht zu gering dotiert (zum Beispiel öffentliche Mobilitätsoffensive), andere Bereiche wirken dagegen durchaus „realistisch“ veranschlagt. Vielfach wird im Erläuterungstext darauf hingewiesen, dass diese Anschubfinanzierungen ebenfalls nur erste Schritte sein können, denen weitere Folgen müssen. „Wir brauchen jetzt Zukunftsinvestitionen um erste, dringend notwendige Schritte in Richtung einer sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Gesellschaft sicherzustellen.“)

So werden 2011 für Kinderbetreuungseinrichtungen 45 Millionen Euro veranschlagt (Ausbau der Öffnungszeiten). Sollen tatsächlich etwa die EU-weiten Barcelona-Ziele erreicht werden (33 Prozent der Kinder unter drei Jahren in Kinderbetreuung), würde das die Schaffung von zusätzlich 35.000 Kinderbetreuungsplätzen erforderlich machen. Was 350 Millionen Euro jährliche Kosten bedeuten würde. Zusätzliche Finanzmittel müssen also in den Folgejahren freigemacht werden.

Andererseits hat gerade die Arbeiterkammer-Studie „Nachhaltige Budgetkonsolidierung durch Investitionen in den Sozialstaat“ auch ergeben, dass sich Investitionen in soziale Dienstleistungen innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit quasi selbst finanzieren und mittelfristig sogar positiv zu Buche schlagen.

In Summe beläuft sich das sozial-ökologische Konjunkturpaket auf rund 2,1 Milliarden Euro. Bei entsprechendem politischem Willen wäre das ohne weiteres finanzierbar. Das ist überhaupt „die Stärke“ des zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudgets: Das was da gefordert wird, kann nicht so einfach mir nix dir nix ins Reich der unerfüllbaren Visionen und Wünsche verwiesen werden. Das, was da gefordert wird, entspricht ziemlich genau den von Interessensvertretungen, betroffenen sozialen Vereinen und Dienstleistern, beziehungsweise Bildungsinstitutionen, veranschlagten finanziellen, beziehungsweise personellen Erfordernissen.

• Wenn das WIFO – ziemlich unumstritten – alleine für den mobilen Pflegebereich einen Bedarf von sechstausend zusätzlichen Arbeitsplätzen prognostiziert, legt das Zukunftsbudget mit der Forderung nach siebentausend

zusätzlichen Pflegekräften und einer entsprechenden Budgetierung von zweihundert Millionen Euro zusätzlich quasi eine Punktlandung hin.

• Ähnlich verhält es sich bei der thermischen Sanierung des Althausbestandes, welche unumstritten als besonders wirksame Maßnahme zur CO²-Reduktion und zur Förderung von Beschäftigung gilt

• Auch der finanzielle Zusatzbedarf im Umfang von mindestens fünfhundert Millionen Euro jährlich für die Hochschulen (um das EU-Ziel, bis 2015 zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Universitäten zur Verfügung zu haben), bleibt weitestgehend unwidersprochen.

• Und ein wesentlicher Punkt im Budget der Zivilgesellschaft: Die Forderung nach einer Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit – denn hier droht, weitestgehend unbemerkt von einer ohnehin nicht besonders interessierten Öffentlichkeit, ein dramatischer budgetärer Kahlschlag.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die Idee, ein alternatives Budget zu präsentieren, schwirrt ja schon seit Jahren in den Köpfen so mancher AktivistInnen herum. Die „Premiere“ kann in Summe als durchaus gelungen bezeichnet werden.

Dass sich unter den zivilgesellschaftlichen Trägerorganisationen drei große Gewerkschaftsblöcke (GdG-KMSFB, vida und PRO-GE) befinden, ist dabei durchaus erfreulich. Die Wirkung der alternativen Budgetrede auf die verantwortlichen Regierenden wird wohl ausgesprochen begrenzt sein. Um schlimmeres zu verhindern, oder gar besseres zu erreichen, wird es schon jede Menge Widerstand, Protest und Kampfmaßnahmen – gerade auch seitens der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft – brauchen.

EIN „ANDERES BUDGET“ IST MÖGLICH

Eines wurde vor allem für eine kritische Öffentlichkeit erreicht: Ganz pragmatisch wurde vermittelt, dass „ein anderes Budget“ möglich sei. Seine Schwäche ist zugleich seine Stärke – der ausgesprochen pragmatische Ansatz: die zivilgesellschaftlichen Vorschläge für ein Budget 2011 erscheinen nicht visionär, schon gar nicht

revolutionär, sondern „realistisch“, umsetzbar und grundvernünftig, auf die gesellschaftlichen Herausforderungen in den Bereichen Bildung, soziale Dienste und Klimaschutz reagierend.

Das zivilgesellschaftliche Budget versucht so der immer rabiater werdenden und alternativenlos daherkommenden Sparrhetorik, die in Wirklichkeit eine weitere Umverteilung von unten nach oben darstellt, eine Alternative entgegenzusetzen und kann einer interessierten Öffentlichkeit und AktivistInnen Argumente gegen den Sparwahn liefern. Eben: „Überfluss besteuern, in die Zukunft investieren“!, wie die Losung der Kampagne „Wege aus der Krise“ so schön heißt.

p.s.: Mittwoch, 20. Oktober. Finanzminister Josef Pröll legt im Parlament einen Zwischenbericht zu den Budgetverhandlungen ab. Das Budget sollte unter dem Grundsatz einer „neuen Gerechtigkeit“ erstellt werden. Und die stellt er sich so vor, wie sie zu erwarten war: „Meine Überzeugung ist, das Maximum an Sparen und Reformen und das Minimum an neuen Steuern und Schulden zu erreichen“. Was zu erwarten war. Zwei Budgetreden. Beides gehört. Kein Vergleich. Hier Zukunft, Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen und ein mehr an Steuergerechtigkeit. Da „more of the same“, keine „Lernen aus der Krise“, stattdessen der übliche substanzlose, konservative Sermon, wie wir ihn zum Überfluss von Volkspartei, Industriellenvereinigung und Konsorten kennen. Alles andere hätte allerdings auch überrascht. Schließlich der vorläufige Abschluss der Budgetverhandlungen in Bad Loipersdorf. Regierungsvorlage hier, zivilgesellschaftliche Vorgabe da. Auch hier gilt: beides analysiert, kein Vergleich. Die Regierung könnte ruhig auch einmal von der Zivilgesellschaft lernen. Sie würde uns und sich selber einiges ersparen.

wege-aus-der-krise.at/aktionen/zivilgesellschaftliche-budgetrede.html



Entmachtung der Betriebsräte mit freundlicher Duldung des ÖGB?

Offener Brief an Sozialminister Rudolf Hundstorfer und ÖGB-Präsident Erich Foglar zur geplanten Novelle der Arbeitsverfassung. VON PAUL KOLM.

Im Parlament wird in Kürze eine Novelle des Arbeitsverfassungsgesetzes beschlossen. Neben einigen Verbesserungen ist dabei eine einschneidende Verschlechterung vorgesehen:

Im Paragraph 96 Abs. 1 Z.4 ArbVG, es geht um die Rechte des Betriebsrates bei „Einführung von Akkordlöhnen, akkordähnlichen Entgeltformen und sonstigen leistungsbezogenen Prämien und Entgelte, die auf Arbeits(Persönlichkeits)bewertungsverfahren, statistischen Verfahren, Datenerfassungsverfahren, ... beruhen“, sollen die Worte „sonstige leistungsbezogene“ gestrichen werden. Damit werden praktisch alle modernen erfolgs- beziehungsweise leistungsbezogenen Entgeltsysteme aus der Zustimmungspflicht des Betriebsrates eliminiert.

Betroffen sind vor allem entgeltwirksame Zielvereinbarungssysteme. Es geht dabei um die Einkommenshöhe, das Verhältnis von fixem zu variablen Einkommen, um Personalplanung, faktische Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen.

Ich habe dutzende Betriebsräte bei ihren Verhandlungen zu diesen Themen begleitet. In vielen der mühsam errungenen Vereinbarungen wurden ArbeitnehmerInnen vor unzumutbaren Belastungen geschützt und in der Verteilung der Prämien auf die verschiedenen Gruppen im Betrieb mehr Gerechtigkeit erzielt. Schließlich hat auch der OGH im Jahr 2008 (OGH 8.10.2008, 9 Ob A144/07b) erkannt, dass ein typisches Zielvereinbarungssystem mit Prämienregelung als zustimmungspflichtig unter Paragraph 96 Abs.1 Z.4 ArbVG fällt.

Die Zustimmung des ÖGB zur Entmachtung der Betriebsräte beruht offensichtlich auf der Unkenntnis der qualitativen und quantitativen Bedeutung von modernen Lohnformen. Sie erfolgt gegen den Willen der Betroffenen. Die GPA-djp hat auf ihrem Bundesforum in einem einstimmigen Beschluss dieses Vorhaben abgelehnt! Ich habe die Empörung der BetriebsrätInnen dort erlebt.

Werte Kollegen, dieses Paket gehört aufgeschnürt. Die Arbeit mindestens einer Generation von BetriebsrätInnen zunichte zu machen, ist unverantwortlich. Im Übrigen sind die „sonstigen leistungsbezogenen“ Prämien und Entgelte auch die Leistungslohnformen der Zukunft. Der klassische Akkord ist ein Auslaufmodell.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Paul Kolm

Novelle der Arbeitsverfassung

Die GPA hat eine Unterschriftenkampagne gegen die Änderung des Paragraph 96, Arbeitsverfassungsgesetz geführt. Als im Parlament abgestimmt wurde, war (dem Vernehmen nach) Kollege Katzian nicht anwesend. Danach war die Unterschriftenkampagne von der GPA-Homepage verschwunden.

Sie ist folgendem Text gewichen:

Die Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) wurde am Mittwoch den 17. November 2010 mehrheitlich im Parlament beschlossen. Die Novelle bringt einige wichtige Verbesserungen, schmerzhaft ist aber, dass durch die Änderung des Paragraph 96 ArbVG, aus dem die „sonstigen leistungsbezogenen Prämien und Entgelte“ in Zukunft herausfallen, den Betriebsratskörperschaften ein wichtiges Stück Mitbestimmung genommen wird. Anstelle einer notwendigen Betriebsvereinbarung sollen solche Prämien und Entgelte in Zukunft – so wie die Gewinnbeteiligung – nur noch mit freiwilliger Betriebsvereinbarung regelbar sein.

Änderungen konnten nicht verhindert werden

Trotz intensiver Bemühungen und öffentlicher Kritik konnten die Änderungen im Paragraph 96 nicht verhindert werden. Für die GPA-djp bleibt jedoch die betriebsrätliche Mitbestimmung bei der Einführung neuer Entgeltformen unter neuen rechtlichen Voraussetzungen weiter auf der politischen Agenda. Wir werden dabei den BetriebsrätInnen mit aller organisatorischen Kraft und rechtlichem Know-How zur Seite stehen. Die Unterstützung von tausenden BetriebsrätInnen und Beschäftigten gibt uns dafür wichtigen Rückhalt.

Verbesserungen bei Kündigung, Informations- und Beratungsrecht

Die Verbesserungen betreffen die Verlängerung der Anfechtungsfrist von Kündigungen auf zwei Wochen statt bislang einer Woche. Auch im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Information und dem Beratungsrecht des Betriebsrates konnte eine entscheidende Verbesserung erreicht werden. Wenn es in einem Betrieb eine Änderung der Struktur gibt, muss der Betriebsrat informiert werden. Weiters beinhaltet die Novelle den Ausbau der Mitbestimmung für den Jugendvertrauensrat. Auch bei den europäischen Betriebsräten wird es zu entscheidenden Verbesserungen kommen. So werden künftig bei Verletzungen der Rechte des europäischen Betriebsrates Verwaltungsstrafen ermöglicht. Auch werden europäische Betriebsräte künftig Anspruch auf Schulung haben.

Wir bedanken uns bei allen für die wirklich sensationelle Unterstützung unserer Aktivitäten gegen eine Aufweichung der betrieblichen Mitbestimmung.

Interview mit BetriebsrätInnen der F.U.G.E bei den Wiener Kinderfreunden.

ERSTMALS KANDIDIERT:

GLEICH DIE MEHRHEIT

März 2010. Die Betriebsratswahlen bei den Wiener Kinderfreunden brachten eine handfeste Sensation. Die erstmals kandidierende unabhängige Liste F.U.G.E. erreichte auf Anhieb acht von zwölf Mandaten und stellte die Vorsitzende des Betriebsrates. Und das in einem SP-nahen Betrieb. Die Alternative sprach mit BetriebsrätInnen der F.U.G.E. über die ersten spannenden Monate nach der Wahl.

Erstmals hat in den Kindergärten der Kinderfreunde eine unabhängige Liste kandidiert und auf Anhieb die Mehrheit geschafft. Wie habt ihr dieses „Wunder“ zu Wege gebracht? Wie habt ihr die KollegInnen erreicht und was waren eure wichtigsten Forderungen?

Alles begann 2007, als sich eine Gruppe von KollegInnen zu der momentanen Situation in unserem Bereich zusammen Gedanken machte. Es entstand ein „Status Quo“. Diese Zusammenfassung der Situation und die Überlegungen zur Verbesserung stellten wir unseren LeiterkollegInnen in ganz Wien vor und baten sie um eine Unterschrift. Über 100 Unterschriften kamen zusammen. Diesen „Status Quo“ schickten wir mit den Unterschriften an die Mitglieder des erweiterten Vorstandes der Wiener Kinderfreunde. Wir nannten uns Koordinationsgruppe. Der Vorstand der Wiener Kinderfreunde begann mit uns und dem damaligen Betriebsrat Gespräche. Die Gruppe richtete eine eigene E-Mail-Adresse ein und begann mit Infoaussendungen an die KollegInnen. Anfangs arbeiteten wir mit dem Betriebsrat zusammen. Wir organisierten auch drei Veranstaltungen, die alle mehr als gut besucht waren. Bei einer dieser Veranstaltungen 2008 kam es dann auch zum Bruch zwischen dem

Betriebsrat und der Koordinationsgruppe. Nun war uns klar, dass es zwei Möglichkeiten gab: Aufgeben oder einen neuen Weg suchen. Keiner von uns dachte ans Aufgeben und nach langen gemeinsamen Gesprächen entschieden wir uns, zur Betriebsratswahl im Frühjahr 2010 anzutreten. Der Name F.u.g.e (für uns gemeinsam engagiert) entstand. Durch E-Mails informierten wir die KollegInnen in den Häusern über wichtige Entwicklungen im elementaren Bildungsbereich und gaben Statements zu Aussendungen des Betriebsrates ab und hinterfragten diese auch.

Wie erreichten wir die KollegInnen? Wir stehen für Offenheit, Transparenz, Kompetenz, Verlässlichkeit, Vertrauen, Kommunikation, Loyalität und engagieren uns für bessere Rahmenbedingungen, zusätzliche pädagogische HelferInnen, höhere Gehälter, mehr Zeitressourcen für Leitungsaufgaben, Bildungspolitische Vernetzung und sehen den Betriebsrat auch als Informationsdreh-

scheibe. Wir besuchten fast alle Kindergärten persönlich und versuchten überall mit den Kolleginnen ins Gespräch zu kommen.

Wie haben die KollegInnen und die Geschäftsführung auf dieses sensationelle Ergebnis reagiert? Es gibt das Gerücht, dass man von euch wollte, dass sich alle zur FSG deklarieren ...

Es wurde uns mehrmals nahegelegt, uns umzudeklarieren, aber es wurde keine Fraktion offen angesprochen.

Ihr habt sicher am Anfang enorm viel lernen müssen. Gab es Hilfestellung durch andere Bereiche der Unabhängigen GewerkschafterInnen?

Da es nicht möglich ist, eine Betriebsratsschulung in der GPA-djp zu machen, ohne gewählter Betriebsrat zu sein, kamen wir zur AUGÉ/UG. Diese bot einen Lehrgang auch für angehende Betriebsräte an. Von dieser Zeit an stand uns die AUGÉ/UG immer kompetent zur Seite.



Erfahrungsgemäß ist das Klima zwischen einer neuen, unabhängigen Betriebsratmehrheit und der Geschäftsführung eher eisig. War das bei euch auch so und hat sich das seither – bei allen Schwierigkeiten – gebessert?

Das Klima war anfangs seitens der Geschäftsführung austestend, abwartend und auch eine emotionale Enttäuschung und Ärger war zu spüren.

Durch Sachlichkeit, Ausdauer, Kompetenz und gute Vorbereitung in den Gesprächen versuchen wir eine Basis der Zusammenarbeit zu fördern. Der Weg da hin ist noch lange nicht abgeschlossen.

Könnt ihr bereits erste Erfolge verbuchen, und wenn ja, welche? Wo spießt sich's nach wie vor?

An der Umsetzung unserer Forderungen arbeiten wir, dazu gibt es noch keine Ergebnisse. Wie überall spießt es sich an den finanziellen Mitteln, die angeblich nicht vorhanden sind.

Oft ist ein neugewählter Betriebsrat so mit Arbeit zugedeckt, dass er kaum dazu kommt, die interne Öffentlichkeitsarbeit zu bewerkstelligen. Wie seid

ihr das Problem der laufenden Information der KollegInnen angegangen?

Wir versuchen die KollegInnen per E-Mail am Laufenden zu halten und die KollegInnen in den Kindergärten zu besuchen. Dafür bleibt leider viel zu wenig Zeit.

Im Gefolge der großen Kindergarten-Demonstrationen im vergangenen Herbst gab es zunächst besoldungsmäßige Verbesserungen bei der Stadt Wien, die Subventionierung der privaten Träger durch die Stadt musste daraufhin auch erhöht werden. Wie hat sich das bei euch ausgewirkt?

Bei uns betrifft das bis jetzt ausschließlich das Gehalt!

Was sind eure Vorhaben für die nächste Zeit und welche Perspektiven seht ihr längerfristig?

Erweiterung der Vorbereitungszeiten, zusätzliche HelferInnenstunden für die Kindergartengruppen, Basisstunden für Leitertätigkeiten, Verbesserung der Rahmenbedingungen und unsere Bildungspolitische Vernetzung erweitern und vertiefen. ■



Gestern gefeiert – Heute gefeuert

Roche Diagnostics schließt den Standort Graz, obwohl die MitarbeiterInnen ein auf dem Medizin-Markt sehr begehrtes Produkt gerade erst erfolgreich entwickelt haben.

Von Ilse Löwe-Vogl.

So schnell kann es gehen: Heute noch Sekt und höchste Lobestöne der Geschäftsführung für das mit viel Schweiß, Können und Wissen entwickelte Blutgasmess-Produkt – und am Tag darauf die Ankündigung der Schließung des Standortes.

Wie vom Blitz getroffen fühlten sich die MitarbeiterInnen der Roche Diagnostics Niederlassung in Graz als sie am Nachmittag zum Town-hall meeting gerufen wurden und auf Englisch mit Headsets die Begründungen für die Kündigungen hören mussten: Es habe nichts zu tun mit ihrer Leistung – denn darauf könnten sie stolz sein - sondern mit einer Konzernentscheidung. Rationalisierung, Produktion zusammengefasst, Marktdruck usw., die üblichen Begründungen. Den noch fitten Jungen wird empfohlen sich im europäischen Ausland zu bewerben, den Älteren bleibt der Sozialplan.

Die Vollversammlung der Steirischen Arbeiterkammer war über die in immer schnellerem Rhythmus erfolgten Hiobsbotschaften der Schließungen empört und verfasste einen Dringlichkeitsantrag, unterzeichnet von allen Fraktionen. Denn betroffen ist nicht nur die gesamte 400-köpfige Belegschaft, sondern auch der Humanmedizincluster, dessen wesentlicher Bestandteil Roche Diagnostics war.

ug-oegb.at

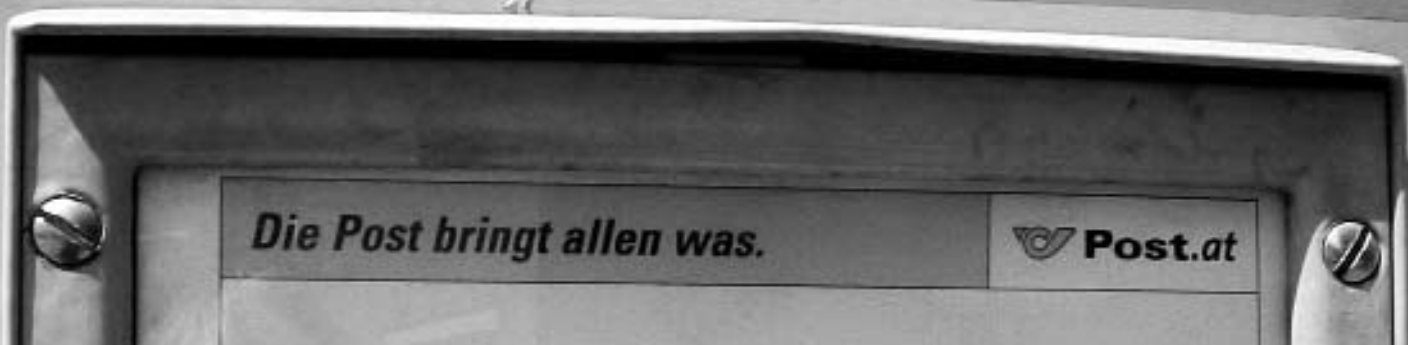
auge.or.at

kiv.at

ugoad.at

ug-vida.at

we4you-ug.at



TRARI TRARA

WER IST DIE PIV/UG ?

PIV ist die Abkürzung für „Personelle Interessenvertretung“ und bezeichnet eine Gruppierung innerhalb der Personalvertretung der Bediensteten der Österreichischen Post AG.

PARTEIUNABHÄNGIG

Der PIV schwächt keine Partei den Rücken, wir unterliegen keiner Parteilinie und keinem Fraktionszwang. Schließlich sind die Interessen der KollegInnen und die Interessen von Parteien oftmals unterschiedlich.

Unser Ziel sind optimale Lösungen für KollegInnen.

Wichtige PIV-Grundsätze sind: „Kein Fraktionszwang“ „Bereichsautonomie“ „Entscheidungen über wichtige gemeinsame Anliegen im VPA“ „klare Abgrenzung nach rechts“

JA ZUR GEWERKSCHAFTSIDEE

Die Führung der Gewerkschaft hat sich immer weiter von den ArbeitnehmerInnen entfernt und vor allem gelernt, sich zu arrangieren. Unser Ziel

Die UG hat bei der Briefpost das erste Mal kandidiert und ein zweites Mandat knapp verfehlt.

Von Peter Gross.

ist eine Gewerkschaft, die wirklich etwas bewegt und den Abbau des Sozialstaates und unserer gewerkschaftlich erkämpften Rechte verhindert.

WIR FORDERN FÜR EUCH

• Ausreichende personelle Besetzung: Nur durch ausreichenden Personalstand ist es möglich, den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden und die Lebensqualität am Arbeitsplatz zu verbessern!

• Mehr eigenes Personal statt LeiharbeiterInnen: Ende vom Privatisierungswahn und Ausgliederung – Der Trend zur Privatisierung und Ausgliederung führt zu Personaleinsparungen und erhöhtem Leistungsdruck. Wir kämpfen gegen diese Entwicklung.

WIR STEHEN FÜR:

• Die Anerkennung Eurer Leistung
• Begleitung und Schutz bei Problemen mit Vorgesetzten: Es muss zu den Hauptaufgaben einer basisnahen Personalvertretung gehören, zu vermitteln und eventuell zu kämpfen, damit die Rechte der KollegInnen gewahrt werden. Die Personalvertretung der PIV/UG kann vor Ort flexibel agieren

und reagieren, da es eine große Bereichsautonomie gibt und keinen Fraktionszwang. Wir können unser Wissen und unsere Erfahrung rasch und optimal einsetzen.

- Lebensqualität am Arbeitsplatz
- Basisorientierung statt Bonzendiktat
- Modernes Dienstrecht: Anerkennung und Honorierung für Leistung („gebühren“ statt „gewähren“)
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit (KV neu)
- Ausreichend Personal bei vernünftigen Konzepten
- Personelle Interessensvertretung statt „fauler“ Kompromisse
- Ausbau und Stärkung des Öffentlichen Dienstes
- Gegen Ausgliederung und Privatisierungen
- Teamarbeit statt veralteter Befehlshierarchien
- Demokratisierung der Gewerkschaft und Personalvertretung

SKANDALÖS

Fair, Sozial und Gerech. So ging die FSG in den Wahlkampf. Fakt ist, dass nach der Wahlniederlage der FSG (nicht mehr stärkste Fraktion) im BZW die Belegschaft weiterhin verraten wird. Euer Vorgesetzter ist gleichzeitig der Vorsitzende der FSG (Hr. Pogats).

Wie will eine FSG die KollegInnen vertreten, wenn sie so unternehmensnah agiert? Offenbar wurde nur nachgeäfft, denn wenn der ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft FSG, Gerhard Fritz, so leicht die Seiten wechselt (Berater von Postpersonalchef Hr. Niggel) fragt man sich, was Fair und Gerech sein soll?



PETER GROSS
IST MANDATAR DER
PIV/UG.

Kampagne:

NEIN ZUM (PSYCHO)SOZIALABBAU IN OBERÖSTERREICH

Nein zu geplanten Einsparungen und Kürzungen im psychosozialen Bereich

Am 29. Oktober 2010 gab die Sozialabteilung des Landes Oberösterreich im Auftrag von Sozialreferent Josef Ackerl den Geschäftsführungen von pro mente OÖ, Exit Sozial und Arcus-Sozialnetzwerk bekannt, dass das Budget ab 1. Jänner 2011 für die Leistungsbereiche psychosoziale Beratungsstellen und Krisendienste sowie Freizeit- und Kommunikationseinrichtungen um 33 Prozent gekürzt wird.

Als Grund wurde genannt, dass wegen der „budgetären Situation des Landes in allen Bereichen Einsparungsmaßnahmen“ (insgesamt 25 Millionen Euro) erforderlich seien. Gleichzeitig wurde erklärt, dass Verhandlungen nicht mehr möglich seien, nur mehr über die Umsetzung könne gesprochen werden.

Derzeit wehren sich die Geschäftsführungen der betroffenen Träger mit Presseaussendungen, Lobbying auf politischer Ebene und Unterschriftenlisten gegen die Kürzungen. Ob dies Früchte tragen wird, weiß man noch nicht.

Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl verteidigte am 9. November 2010 auf einer Pressekonferenz zum Thema „Sozialbudget 2011“ lapidar die massiven Einschnitte. Ein politisches Hickhack um das oberösterreichische Sozialbudget folgte am Tag darauf zwischen Landeshauptmann Pühringer und Ackerl.

Am 11. November 2010 zeigten sich bei einem neuerlichen Termin mit den Geschäftsführungen die MitarbeiterInnen der Sozialabteilung, wie auch der Vertreter des politischen Büros von Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl, der massiven Auswirkungen bewusst, betonten aber wieder, dass es keine Alternativen gäbe und auch sie gezwungen seien, die Vorgaben umzusetzen.

Die BetriebsrätInnen der betroffenen Vereine halten demnächst Betriebsversammlungen ab. Gleichzeitig bereiten sie sich mittlerweile auf Protestaktionen und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen vor, sollten die Bemühungen der Arbeitgeber scheitern.

Die Forderungen der Betriebsräte sind klar:

- Keine Kündigungen!
- Keine Einschnitte im Sozialbereich!
- Ausreichende Finanzierung des Sozialbereiches in OÖ!

Der Text der Kampagne auf promenteoee.at/sozialabbau macht die Folgen für Beschäftigte und Klientel mehr als deutlich:



33Prozent Budgetkürzung bedeutet für betroffene Menschen:

- Noch längere Wartezeiten (bis zu einem Jahr), obwohl gerade bei akuten Krisen *sofort* gehandelt werden müsste!
- Die Suizidrate wird laut ExpertInnen ansteigen, da Menschenleben dort gefährdet sind, wo Krisenhilfe fehlt!
- Dramatische Auswirkungen zu Lasten des gesamten Unterstützungsangebotes!

33Prozent Budgetkürzung bedeutet für die MitarbeiterInnen von pro mente OÖ, Exit-Sozial und Arcus Sozialnetzwerk:

- 80 bis 100 Kündigungen in Bereichen, wo ohnehin zu wenig MitarbeiterInnen tätig sind!
- Starke Überlastung der MitarbeiterInnen!
- Starke Verunsicherung aller MitarbeiterInnen im Sozialbereich – wer ist der Nächste?

33Prozent Budgetkürzung bedeutet für die gesamte Gesellschaft:

- Steigende Krankenstände!
- Steigende Frühpensionierungen aufgrund psychischer Erkrankungen!
- Steigende Krankenhausaufenthalte!
- Steigende Belastung des Gesundheitsbudgets!

Die AUGÉ/UG und die KIV/UG erklären sich solidarisch mit den Betriebsräten der betroffenen Vereine und unterstützen die Forderungen nach Rücknahme der Kürzungen!

Bitte beteiligt Euch, unterschreibt die Petition auf promenteoee.at/sozialabbau oder sammelt auch selbst Unterstützungsunterschriften (Download der Unterstützungs-Unterschriftenliste auf www.kiv.at)!

Die betroffenen KollegInnen brauchen unsere Solidarität!

Martin Herzberger, Vorsitzender des Zentralbetriebsrates und Angestelltenbetriebsrates bei pro mente OÖ.



Presseaussendung

„Außeruniversitäre und universitäre Forschung finanziell absichern, statt Forschungsprämie für private Unternehmen erhöhen!“

Vollkommen falsche Prioritätensetzung bei Forschungsausgaben seitens der Bundesregierung. „Bürgerliche“ ÖVP übt sich in Antiintellektualismus und Provinzialismus.

„Während die Forschungsprämie für Unternehmen im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen ‚Offensivmaßnahmen‘ von acht auf zehn Prozent erhöht wird – was SPÖ und ÖVP von 2011 bis 2014 immerhin einen geschätzten Steuerausfall von mindestens 320 Millionen Euro wert ist – droht sozial-, geistes- und kulturwissenschaftlichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen das Aus. Weil die insgesamt 28 Millionen an Basissubventionen für die Jahre 2011 bis 2014 nicht mehr leistbar sein sollen.

Hier wird unternehmensbezogene, private Forschung – zusätzlich zu einer ohnehin bereits existierenden, großzügigen Forschungsförderung – noch einmal um das mehr als zehnfache aus Steuermitteln gefördert, als Dutzenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen an Basissubventionen zur Verfügung steht. Und ÖVP-Wissenschaftsministerin Karl besitzt auch noch die Chuzpe, angesichts dieses dieses Kahlschlags in der Wissenschaftsszene von einer Strukturbereinigung zu sprechen!“, kritisiert Markus Koza, Vertreter der Unabhängigen GewerkschafterInnen im Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes die vollkommen falsche Prioritätensetzung bei den Forschungsausgaben seitens der Bundesregierung.

ÖVP: Antiintellektualismus und Provinzialismus als Programm?

Die ÖVP habe offensichtlich Antiintellektualismus und Provinzialismus zu neuen „bürgerlichen“ Werten erhoben: „Solange nur die Reichsten und Vermögenden ihre Schäfchen vor der Finanz ins Trockene bringen können und der Landwirtschaft ihre Agrardieselrückvergütung gesichert ist, ist für die ÖVP die Welt offensichtlich in Ordnung. Da ist es auch egal, wenn universitäre und außeruniversitäre Forschung den Bach ‚runtergehen‘. Forschungspolitik wird in der ÖVP scheinbar ohnehin nur noch von der Industriellenvereinigung gemacht. Die darf sich zusätzliche hunderte Millionen an Forschungsförderung sichern, wobei die Effekte, die aus einer steuerlichen Förderung auf die unternehmensinterne Forschungstätigkeit ausgehen, genauso zweifelhaft sind, wie die verteilungspolitische Wirkung. Sozial-, geistes- und kulturwissenschaftliche Forschung spielten in der Welt der ÖVP, die in St. Pölten beginnt und beim nächsten Lagerhaus endet, dagegen ganz offensichtlich überhaupt keine Rolle mehr. Ein Blick über den Tellerrand würde nicht schaden,“ so Koza weiter.

Wer bei universitärer und außeruniversitärer Forschung spart, raubt berufliche Perspektiven für JungwissenschaftlerInnen!

Mit der drohenden Streichung von Basissubventionen bei rund vierzig Instituten, drohen hunderte von den insgesamt rund 2300 Beschäftigungsverhältnissen im gesamten außeruniversitären Bereich verloren zu gehen. „Wer bei außeruniversitärer wie universitärer Forschung spart, raubt künftigen UniabgängerInnen berufliche Perspektiven und befördert so den Exodus von JungwissenschaftlerInnen. Das wäre eine einzige Katastrophe und ein unglaublicher intellektueller Aderlass!

Es braucht mehr statt weniger Geld für universitäre wie auch außeruniversitäre Forschung und eine vollkommen andere Prioritätensetzung bei den Forschungsausgaben – weg von privatwirtschaftlicher, an Gewinnmaximierung orientierter und nicht öffentlich zugänglicher Forschung, hin zu universitärer und unabhängiger, außeruniversitärer Forschung, deren Ergebnisse zu einem großen Teil auch einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich sind. Wir brauchen daher eine Bildungsmilliarde für universitäre Forschung und eine großzügige finanzielle Absicherung außeruniversitärer Forschung! Gerade Gewerkschaften und Arbeiterkammern sind daher dringend aufgerufen, sich auch für das weitere Bestehen einer außeruniversitären Forschung zu engagieren,“ schließt Koza.

Kommentar

VON IRLAND LERNEN HEISST PLEITE GEHEN

Wenn sich die Öffentlichkeit für Ökonomie interessiert“, sagte einmal der frühere argentinische Wirtschaftsminister Martin Lousteau, „dann muss man sich Sorgen machen.“ Nimmt man die aktuelle Aufregung um einen möglichen Staatsbankrott Irlands als Beispiel, dann müssen die Sorgen in Dublin, bei der Europäischen Zentralbank EZB in Frankfurt und bei der EU-Kommission in Brüssel geradezu gigantisch sein. Irland solle unverzüglich den Rettungsfonds in Anspruch nehmen, den die EU und der Internationale Währungsfonds IWF für die Staaten der Eurozone eingerichtet hatten, forderte die EZB. Nur so könnten die Spekulationen um Irlands Schuldenlast gestoppt werden. Und EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy sieht sogar die Union gefährdet, sollte die neue Eurokrise nicht rasch beendet werden.

Doch eine schnelle Lösung ist nicht in Sicht. Auch an der Konferenz der EU-FinanzministerInnen am Dienstagabend weigerte sich Irlands konservative Koalitionsregierung beharrlich, die Hilfe – es war von achtzig Milliarden Euro die Rede – zu akzeptieren. Aber bleibt es dabei? Man habe bis Juni 2011 ausreichend Geld zur Verfügung, argumentierte Irlands Finanzminister Brian Lenihan. Die Märkte wird das kaum beruhigen. Denn in den letzten Wochen stieg der Zins für zehnjährige irische Staatsanleihen schnell auf beachtliche neun Prozent – was zuletzt selbst den sonst so renditeversessenen AnlegerInnen nicht mehr geheuer war. Und sie nach der EU rufen liess.

Irlands Schulden sind enorm – und zum Teil von der Dubliner Regierung verursacht. Im September 2008, als die Immobilienblase den zuvor wild spekulierenden irischen Geldhäusern um die Ohren knallte, hatte sie eine Generalgarantie abgegeben. Der Staat werde sämtliche Verbindlichkeiten der Banken übernehmen, verkündete damals recht voreilig Premierminister Brian Cowen von der erzkonservativen Fianna-Fáil-Partei. Den Kollaps konnte der Beschwichti-

Das radikale Sparprogramm, mit dem die irische Regierung die Krise überwinden wollte, galt als beispielhaft. Eine Lösung hat es nicht gebracht. Im Gegenteil. Von Pit Wuhrer.

gungsversuch allerdings nicht verhindern: In der Folge musste der Staat praktisch das gesamte irische Bankensystem verstaatlichen. Seither hat er den Finanzinstitutionen für 50 Milliarden Euro Giftpapiere abgekauft, 25 Milliarden in die Spekulantbank Anglo Irish gebuttert und weitere 10 Milliarden in andere Banken gesteckt. Gleichzeitig kürzte die Regierung unter dem Beifall von IWF und EU die Staatsausgaben, senkte die Löhne der Staatsangestellten und das Arbeitslosengeld und privatisierte noch mehr öffentliche Aufgaben.

Die Rechnung der irischen Elite – seit Jahrzehnten Musterschülerin der neoliberalen Lehre – ging wieder nicht auf. Obwohl sie weiterhin mit den EU-weit niedrigsten Unternehmenssteuersätzen (12,5 Prozent) winkte, blieben die Auslandsinvestitionen aus. Das beinahe härteste fiskalpolitische Sparprogramm in Westeuropa (nur die britische Regierung hat vor ein paar Wochen ein noch schärferes Konzept vorgelegt) lähmte das ganze Land; der erhoffte Aufschwung blieb aus. Und so könnte das Haushaltsdefizit in diesem Jahr auf 32 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ansteigen. Es ist, bezogen auf die Wirtschaftskraft, doppelt so hoch wie das griechische Defizit. Und liegt zehnfach über dem von den Eurostabilitätsrichtlinien erlaubten Satz.

Und das ist nur der Anfang. In den nächsten Wochen wird die seit jeher mit Immobilienhaien und Bankern verbandelte irische Regierung den Haushalt für 2011 und ein Vierjahresprogramm vorlegen. Geplant sind weitere einschneidende Kürzungen vor allem

im Sozialbereich – mit der absehbaren Folge, dass noch mehr Menschen vor den Suppenküchen der Hilfswerke Schlange stehen. Und noch mehr obdachlos werden. Denn demnächst läuft das Moratorium aus, das die Regierung mit Bausparkassen, Bauherren und den Banken zu Beginn der Krise vereinbart hatte: Zwei Jahre lang verzichteten diese auf die Vertreibung jener SchuldnerInnen, die ihre Hypotheken nicht bedienen können, weil sie mittellos geworden sind. Derzeit sind 100.000 WohnungseigentümerInnen, denen während des Immobilienbooms ein Eigenheim aufgeschwätzt wurde, mit den Zahlungen im Verzug.

Verkaufen können sie ihre Liegenschaft derzeit nicht; die Hauspreise befinden sich immer noch im freien Fall. Sonst würden wahrscheinlich noch mehr IrInnen auswandern. Laut jüngsten Umfragen werden in den nächsten fünf Jahren 150.000 zumeist gut ausgebildete Jugendliche das Land verlassen. Das kommt der Regierung momentan zwar zupass, weil sich dadurch das Protestpotenzial minimiert. Für die Zukunft des Landes ist der Exodus der Hochqualifizierten – die lieber in Spanien oder Australien Bier zapfen gehen als daheim in ein schwarzes Loch zu blicken – eine Katastrophe.

Die Märkte und ihre Institutionen verlangen jedoch eine noch höhere Dosis der fehlgeschlagenen Medikation. Irland müsse in den nächsten Jahren weitaus mehr sparen, forderte EZB-Präsident Jean-Claude Trichet. Und so wurde Dienstagnacht kurzfristig ein Deal vereinbart: Die irische Regierung darf weiter an den niedrigen Unternehmenssteuern festhalten. Sie vor allem waren der Grund, weshalb sich Cowan und Lenihan so vehement gegen ein Rettungspaket sträubten. Denn mit der Hilfe wäre auch eine grössere Mitsprache der EU verbunden, und die anderen EU-Staaten halten die Niedrigsteuer für wettbewerbswidrig. Im Gegenzug kürzt Dublin die Staatsausgaben noch mehr zusammen als ohnehin geplant.

Aus: Wochenzeitung (WOZ) vom 18. November 2010; www.woz.ch.



Fritz Keller

GELEBTER INTERNATIONALISMUS

„Österreichs Linke und der
algerische Widerstand (1958 -1963)“

PRÖMEDI A

ISBN 978-3-85371-321-1,

br., 320 Seiten, 19,90 Euro

Auszüge aus dem Vorwort von Karl Blecha:

Von Fritz Keller liegt nun eine einzigartige Studie über Österreichs Beitrag im Algerischen Befreiungskampf in Buchform vor. Sie basiert auf Interviews, exzellenten Archivforschungen und akribischen Doku-Analysen und verbindet Beschreibungen individueller Beziehungen, subjektiver Erlebnisse und Erinnerungen mit historisch gesicherten Eckpunkten und statistischen Daten. Sie räumt mit einigen fest verankerten Vergangenheitsbildern auf, wie sie Akteure der Algerien-Solidarität mit sich tragen, und beweist, dass diese in Österreich keine nachhaltige Wirkung hatte.

Vielleicht ist die Erinnerung an das Algerien-Engagement durch die 1959 die Jugend erfassende Begeisterung für Kuba, seine siegreiche Revolution, für Fidel Castro und Che Guevara verdrängt worden. Manche, die in der Algerien-Solidarität tätig waren, finden wir später als Brigadisten in Kuba. Für viele gab es eine Kontinuität des Einsatzes für anti-imperialistische Aktionen, der über Algerien, Kuba und Angola direkt nach Vietnam und dann nach Nicaragua führte.

Die Algerien-Solidarität hatte in Österreich eine zweifache Rolle: Einerseits war sie ab 1957 ein Deserteur-Hilfswerk, andererseits eine Trägerrakete des Anti-Imperialismus und der Dekolonisation. Die Jungen Linken in der SPÖ, die damals in den 1950er-Jahren sehr stark in der SJ, bestimmend im VSStÖ und alleinregierend im VSM waren, sind durch die Schule des Josef „Bruno“ Hindels gegangen, der ihnen Otto Bauer nahebrachte und die unbedingte Unterstützung der anti-kolonialen Revolution ans Herz legte.

„Die anti-kolonialistische Revolution“, hatte Otto Bauer geschrieben, „würde durch ihren unausbleiblichen Erfolg vor allem die Bewegung der demokratischen Sozialisten stärken – und das weltweit.“ Dass dennoch der Algerien-Krieg von jungen Österreichern weniger beachtet wurde als andere Krisengebiete der Dekolonisation hängt damit zusammen, dass große Demonstrationen wie später gegen den Vietnam-Krieg fehlten. Außerdem war Mitte der 1950er-Jahre der Boden für die Vertretung linker Positionen in Österreich noch dünn.

SIE HABEN DIE WAHL - GANZ OHNE QUAL!

Was auch immer Sie sich persönlich unter einem perfekten Konto vorstellen.
In Ihrer BAWAG Filiale gibt es für jeden Bedarf das richtige Angebot:

- ▶ **Konto für Preisbewusste**
Um nur € 8,50 pro Quartal stehen Ihnen alle wesentlichen Basisleistungen zur Verfügung.
- ▶ **Konto für Flexible**
Profitieren Sie neben allen anderen Services von günstigen 8,5% Sollzinsen – um nur € 20,- pro Quartal.
- ▶ **Konto für Individualisten**
Inklusive Maestro-Karte und Gold MasterCard – ein Komfortkonto zum Pauschalpreis von nur € 26,- pro Quartal.

KONTEN FÜR JEDEN BEDARF

Die neue Bank. Die neue BAWAG.

www.bawag.com



© 2010 BAWAG BANKENGRUPPE

Wie geht's weiter, wenn meine Firma pleite macht?

Ich wurde gekündigt, was muss ich tun?

Soll ich mich auf eine Werkvertragsregelung einlassen?

Was ist, wenn ich schwanger bin?

FRAGEN SIE METIS.

Metis. Ihre Beraterin im Arbeitsrecht. Noch nie haben Sie so schnell so kompetente Antworten bekommen, kostenlos und rund um die Uhr. Im Internet.

wien.arbeiterkammer.at



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

DIE BUCHMESSE ABSEITS DES KOMMERZIELLEN MAINSTREAMS

PROGRAMM:

Freitag, 17. Dezember 2010

- 10 Uhr Eröffnung der Buchmesse
- ab 13.30 Uhr Buchpräsentationen & Lesungen
- 20 Uhr *Konzert: Politpark presents „Passionierte Proleten“*



Politpark

Samstag, 18. Dezember 2010

- ab 10 Uhr Buchmesse
- ab 13 Uhr Buchpräsentationen & Lesungen
- 20 Uhr *Konzert: Sigi Maron*



Sigi Maron



**ÖGB-HAUS, (U2 DONAUMARINA)
JOHANN BÖHM PLATZ 1, 1020 WIEN**